



Der Bürgermeister

24. April 2012

Resolution der Stadt Wolfenbüttel gegen die Gewinnung von unkonventionellem Erdgas „Fracking“ in und um die Stadt Wolfenbüttel

“Der Rat der Stadt Wolfenbüttel lehnt mit Nachdruck das sogenannte Fracking-Verfahren zur Erdgasgewinnung beziehungsweise –förderung, oder zur Suche nach Erdgasvorkommen ab. Der Rat stellt fest, dass der Einsatz wassergefährdender chemischer Substanzen für die Gewinnung von Erdgas nicht hinnehmbar ist. Dabei spielt es keine Rolle, ob es um den Einsatz in, an oder abseits von Wasserschutzgebieten geht. Ergänzend zu den Risiken für den Naturhaushalt und die natürlichen Ressourcen kommt in und um Wolfenbüttel noch das Risiko durch die Atomlagerstätte im ehemaligen Salzbergwerk Asse II hinzu. Die drohende Einsturzgefahr des Bergwerkes würde durch Fracking-Verfahren unverantwortlich erhöht. Aus den genannten Gründen verbietet sich dieses Verfahren insgesamt und besonders in und um Wolfenbüttel.

Der Rat der Stadt Wolfenbüttel fordert daher das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie auf,

- das Niedersächsische Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) anzuweisen, das bei der Erdgasförderung umstrittene Fracking-Verfahren bis auf weiteres – sowohl in Bezug auf die Erlaubnis zur Aufsuchung von Erdgaslagerstätten als auch deren Förderungsbewilligung – auszusetzen und entsprechende Anträge im Hinblick auf das öffentliche Interesse abzulehnen, wie dies seit einiger Zeit in Frankreich geschieht
- sich bei der Bundesregierung sowie im Bundesrat durch eine Bundesratsinitiative für eine Änderung des veralteten Bergrechtes dahingehend einzusetzen,
- dass künftig bei allen bergrechtlichen Verfahren zum Fracking – beginnend bereits vor der Aufsuchungserlaubnis – neben einer Beteiligung aller betroffenen Gemeinden, Wasserbehörden und Wasserversorgungsunternehmen mit diesen auch das Einvernehmen hergestellt werden muss,

-
- eine umfassende Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, die auch lückenlose Informationen über die verwendeten Stoffe sowie die möglichen Risiken beinhaltet, zu gewährleisten
 - eine generelle Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchzuführen.

Die weiteren Adressaten dieser Resolution werden zur Unterstützung der Forderung der Stadt Wolfenbüttel und der anderen in der Region betroffenen Kommunen aufgerufen.”



Handwritten signature of the Mayor, appearing to be 'Pink'.

Bürgermeister